

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
vierteljährlich 1 M. 25 Pf. einschließl. des „Ausspr. Unterhaltungsbl.“ u. der Sumor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insetionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. In amtlichen Zeilen die gespaltene Zeile 30 Pf.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Telefon Nr. 210.

Nr. 68.

54. Jahrgang.

Dienstag, den 11. Juni

1907.

Pflichtfeuerwehr betreffend.

Am Sonntag, den 16. Juni 1907 finden Übungen der städtischen Pflichtfeuerwehr statt und zwar

früh 6 Uhr: Spritzenmannschaft im Magazingarten.

vormittag 12 Uhr: Rettungs- und Absperrmannschaft im Schulgarten.

Die **Feuerwehrabzeichen** sind bei Vermeidung von Bestrafung anzulegen. Nicht pünktliches Erscheinen sowie unentschuldigtes Versäumnisse werden bestraft. **Abwesenheit vom Orte** gilt nur dann als genügender Entschuldigungsgrund, wenn der Nachweis einwandfrei erbracht wird, daß die Entfernung vom Orte **unausschießbar** war.

Gleichzeitig wird nochmals darauf hingewiesen, daß im laufenden Feuerwehrdienstjahre die Mannschaften der Geburtsjahrgänge 1872 und 1881 bis mit 1884 dienstpflichtig sind. **Stadtrat Eibenstock**, den 10. Juni 1907.

Hesse.

Martin.

Donnerstag, den 13. Juni 1907,
nachmittags 2 Uhr

soll zu **Unterfügengrün** ein **Pferd** (hellbrauner Wallach) an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Versteigerung in der **Restaurations-„zum Weißbachtal“**.

Eibenstock, am 10. Juni 1907.

Der **Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts**.

Jahrmarkt in Johannegeorgenstadt am 8. und 9. Juli 1907.

Minister Pichon über die Haager Konferenz.

In der französischen Deputiertenkammer interpellierten die Sozialisten den Minister des Auswärtigen Pichon darüber, welche Instruktionen die französischen Delegierten zur Haager Friedenskonferenz erhalten würden. Aus der Antwort des Ministers sind zwei Punkte hervorzuheben, die Abrüstungs- und die Schiedsgerichtsfrage.

Frankreich will an der Diskussion über die Abrüstung teilnehmen, wenn der Vorschlag auf der Konferenz in einer positiven Form gemacht werde. Ob dies geschehen wird, ist noch nicht sicher; sowohl England als die Vereinigten Staaten haben bisher nur den Vorbehalt geäußert, die Abrüstungsfrage zur Sprache zu bringen. Nachdem Deutschland und Oesterreich-Ungarn ihre Nichtbeteiligung erklärt haben und Rußland eine gleiche Haltung anzunehmen scheint, könnten wohl auch England und Amerika auf die Diskussion verzichten. Doch ist es wahrscheinlich, daß sie bei ihrem Voratz bleiben und versuchen werden, eine Aussprache herbeizuführen. Herr Pichon mußte sich mit Rücksicht auf England im allgemeinen freundlich zur Sache äußern, scheint aber auch keine rechte Hoffnung auf ein praktisches Ergebnis zu hegen. Er erkennt an, daß die Lösung nur möglich sei durch eine allen Großmächten genehme Formel und daß eine solche noch niemand gefunden habe. Das ist ungefähr daselbe, was Fürst Bülow im deutschen Reichstage ausgeführt hat. Frankreich will nach Herrn Pichon versuchen, einen Weg zur Lösung zu finden. Gefunden hat es ihn aber auch noch nicht, und mit mehr oder weniger schönen Redensarten wird er sich auch nicht finden lassen.

Der zweite Punkt, über den sich Herr Pichon ausließ, ist die Frage der Schiedsgerichte. Im Jahre 1899 wurde ein solches permanentes Gericht im Haag eingesetzt, jedoch nicht über die Streitgegenstände vereinbart, bei denen die Streitenden zur Anrufung des Schiedsgerichts verpflichtet sein sollten. Die Anrufung ist nur fakultativ d. h. in das Belieben der Parteien gestellt. Frankreich will versuchen, eine Liste von Fällen aufzustellen, in denen das Schiedsverfahren obligatorisch sein soll. Daß die Liste nicht auch Fälle enthalten kann, in denen Lebensinteressen oder Ehrenfragen einer Nation im Spiele sind, steht von vornherein fest, und schließlich wird doch jede Großmacht selbst entscheiden, ob es sich für sie um Ehre und Leben handelt. Immerhin war auch dieser Teil der Rede Pichons sachlich gehalten.

Das „Berliner Tageblatt“ sucht sie auf Kosten der Abrüstungsrede des Fürsten Bülow zu loben. Die Vorliebe für das parlamentarische Regiment in Frankreich, die bei diesem Blatt durch historischen Sinn, durch Verständnis für deutsche Verhältnisse und Bedürfnisse überhaupt nur wenig getrübt ist, führt auch bei jenem Lobe die Feder. Wenn das Blatt aber hervorhebt, Fürst Bülow habe nur das Negative betont, Pichon dagegen etwas Positives vorgebracht, so übersteht es ganz, daß sich der deutsche Reichskanzler nur über unsere Stellung zur Abrüstungsfrage, nicht aber auch wie Herr Pichon über die anderen Instruktionen der Delegierten zu dem Konferenzprogramm zu äußern hatte. Auch glauben wir, daß, obgleich Herr Pichon vom französischen Standpunkt aus verständlich gesprochen hat, der Eindruck seiner Rede doch geringer sein wird als der Eindruck der offenen und positiven Erklärung des Fürsten Bülow, daß und warum Deutschland sich um des bloßen Scheines der Friedensliebe willen auf die Erörterung einer ungeklärten und aussichtslosen Sache nicht einlassen will.

Tagesgeschichte.

— **Deutschland.** Wie verlautet, werden während der Kaisermanöver geschlossene Radfahrertuppen, also fahrende Infanterieabteilungen, gebildet werden, um hiermit eingehende Versuche zu machen. Bei denselben wird im Gegensatz zum einzelnen Radfahrer der Kämpfer, das Geschütz, in den Vordergrund treten. Diese Versuche dürften zu einer stehenden fahrenden Infanterie führen, was ja auch zweckmäßiger erscheint, so unlieb auch eine Vermehrung von Spezialtruppen sein mag, denn im Kriege lassen sich Abteilungen, die eine gründliche Sachaus-

bildung erfordern, nicht improvisieren. Aber nicht im Bataillonsverbande, sondern in einzelnen, jedem Armeekorps zuzuteilenden Kompanien von etwa 200 Köpfen sind solche zu formieren, was auch bei den Kaisermanövern gesehen soll.

— Nachdem das neugegründete Reichskolonialamt gebildet ist, und nachdem sämtliche Stellen darin wieder mit Juristen besetzt worden sind, wendet sich Heilfron in der Zeitschrift „Das Recht“ gegen die Meinung, daß ein gewisses Triumpfsgefühl sich der Juristen bemächtigt habe, weil ihre Unentbehrlichkeit nunmehr klar erwiesen sei. „In den Kreisen der Juristen selbst“, fährt Heilfron hierzu aus, „wird diese Auffassung geringes Verständnis finden. Von einem Siege der formalen Jurisprudenz kann nach Lage der Sache gar nicht die Rede sein. Mehr als je sind wir vielmehr von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die rein sachliche Ausbildung, auf die man bis vor ganz kurzer Zeit das alleinige Gewicht legte, heute als Grundlage einer erfolgreichen juristischen Laufbahn absolut nicht mehr genügt. Die Zukunft gehört dem Juristen, der über die reine Jurisprudenz hinaus gründliche Kenntnisse der Volkswirtschaftslehre erworben, vor allem aber das Erwerbsleben aus eigener Anschauung kennen gelernt und Verständnis für dessen Bedürfnisse gewonnen hat! Das ist die „Forderung des Tages“, und hierauf unablässig hinzuweisen ist die vornehmste Pflicht eines jeden, der zur Ausbildung des jungen Juristen berufen ist.

— Ein Goldregen von über 23 Millionen Mark hat sich soeben über die mittleren und unteren Beamten des Reichs ergossen. Auf Verfügung der Zentralbehörden wurden die durch den 4. Ergänzungsetat für 1907 bewilligten außerordentlichen einmaligen Teuerungszuschüsse von je 150 Mark für mittlere und von je 100 Mark für Unterbeamte zur Auszahlung gebracht. Von der Gesamtsumme entfielen allein auf die Angehörigen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung gegen 20 Millionen Mark, auf die Angestellten der Reichsdruckerei etwa 20000 Mark. Auf den Berliner Telefonämtern erhielten gegen 3000 Fernsprechbeamtinnen je 150 Mark.

— Infolge eines Antrags über die Vereinheitlichung der Stenographie hat der Staatssekretär des Innern die Bundesregierungen ersucht, Gutachten der stenographischen Bureaus der größeren parlamentarischen Körperschaften einzufordern, und beabsichtigt, nach Prüfung der eingegangenen Ausfertigungen eine Konferenz im Reichsamte des Innern nach dem Vorbilde des Vorgehens bei Einführung einer einheitlichen deutschen Orthographie einzuberufen.

— **Oesterreich-Ungarn.** Anlässlich des 40jährigen Krönungsjubiläums zum König von Ungarn ist Kaiser Franz Josef, wie bereits gemeldet, in Budapest eingetroffen und wurde auf dem Bahnhof sowie den umliegenden Straßen, von einer großen Volksmenge mit lebhaften Huldigungen begrüßt. Die sozialistischen Arbeiter riefen: Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Schon vor sechs Uhr begannen sich alle Straßenzüge vom Bahnhof bis zur königlichen Burg zu füllen, und bis sieben Uhr war, da die Fahrstraße von Polizei besetzt war, der Bürgersteig dicht gefüllt, zumeist von Arbeitern, die alle mit Frau und Kind gekommen waren. Man behauptet, daß seit der Krönung noch bei keinem Anlaß die Straßen so dicht gefüllt waren, und man schätzt die Menge auf 150000 Menschen.

— **Rußland.** Ein in Moskau vom Fürsten Urußow herausgegebenes Memoirenwerk erregt ungeheures Aufsehen. Das Werk enthält sensationelle Enthüllungen über die Regierungspolitik unter Plehwe, insbesondere über seine Rolle bei der Veranstaltung des Pogroms in Kischinew.

— Der Zar hat den Beschluß des Ministerrats, betr. Erteilung einer Konzession zum Bau einer Eisenbahn von der Station Ransl in Sibirien bis zur Behringstraße mit dem Bau eines unterseeischen Tunnels nach Amerika genehmigt.

— **Frankreich.** Nach einer Meldung des „Figaro“ besteht der französisch-japanische Vertrag aus zwei Teilen, einem Uebereinkommen und einer Erklärung. Frankreich und Japan sprechen darin aus, daß sie in gleicher Weise von dem Wunsche befeuert sind, ihre freundschaftlichen

Beziehungen auszuweiten und zu befestigen, sowie ihre Interessen in Ostasien, wo die beiden Mächte ihren Einfluß in verschiedener Form ausüben, miteinander in Einklang zu bringen. Beide Mächte erkannten übereinstimmend, daß die Unabhängigkeit und Integrität Chinas die erste Bürgschaft für ihre Interessen bildet. Ihr Grundsatz sei demnach, gemeinsam den innern Frieden und die Sicherheit des chinesischen Reiches, die für alle europäischen Interessen ohne Ausnahme so notwendig sei, zu befestigen. Frankreich und Japan verbürgen sich den status quo in Asien. Die Frage eines Handelsabkommens ist durch den französisch-japanischen Vertrag nicht gelöst, doch haben die beiden Regierungen einen für ein solches Abkommen günstigen Plan ins Auge gefaßt und werden inzwischen den Japanern in Indochina und den französischen Staatsangehörigen in Japan gegenseitig das Meistbegünstigungsrecht einräumen.

— **Portugal.** Nach Nachrichten aus Lissabon wächst die Unzufriedenheit des Volkes mit der Regierung und mit dem Könige. Sämtliche Stadträte des Landes bereiten Protestadressen an den König vor, der trotz der Mahnungen seiner Mutter sich hartnäckig weigert, das Kabinett zu entlassen und das Parlament wieder einzuberufen. Die Zeitungen rufen die Verweigerung der Steuerzahlung an, da die Steuern nicht die Bewilligung des Parlaments erhalten hätten und deshalb ungesetzlich seien. In der letzten Woche kam es zu drei feindlichen Kundgebungen gegen die Königin. Der König verläßt nur noch selten den Palast und erscheint nicht mehr bei den Stiergefechten, weil er sicher ist, daß ihn das Volk mit Zischen begrüßen würde. Die Regierung bleibt trotzdem hartnäckig. Das Unterrichtsministerium liegt still. Die Schulen und Universitäten sind infolge des Streiks der Studenten geschlossen. Sämtliche Parteien befinden sich in Opposition gegen das Kabinett und die Lage wird als im hohen Grade gefährlich betrachtet.

— **Afrika.** Ueber die Schiffsexplosion an der tunesischen Küste, von der wir bereits berichteten, sind jetzt genauere Nachrichten eingegangen. Es bestätigt sich, daß der Kapitän selbst sein Schiff in die Luft gesprengt hat, um nicht in die Hände der französischen Zollbeamten zu fallen. Das Schmutzschiff, eine sogenannte Sakalove, wurde von dem Tripolitaner Mosta el Matari besetzt. Hunderte schauten vom Ufer zu, als es von dreißig Barlen umringt wurde. Matari stand hoch aufgerichtet inmitten der um den Mast aufgestellten Pulverfässer und beantwortete die ihm von vier Spahis übermittelte Aufforderung, sich den französischen Offizieren zu ergeben, indem er eine brennende Fackel schwang und ausrief: „Euer großmäuliger Chef soll kommen, den Ehrenplatz kann er sich aussuchen!“ Darauf wurde den Barlenführern von dem französischen Kommandanten Choucha befohlen, an Bord zu springen und Matari zu überwältigen. Schon waren zwei der Barlenführer an Bord, da erfolgte die Explosion, die, wie man später erfuhr, bis nach Sfax und Mahdia vernommen wurde. Matari und seine 10 Leute, die 4 Spahis, 60 Barlenführer und mehrere Neugierige am Ufer wurden in Stücke gerissen. Ueber 300 Leichenteile sind bisher geborgen. Man weiß nunmehr, daß der Großkaufmann Abdullah ben Chabane, für den die Kontrebände bestimmt gewesen ist, diese auf dem Wege durch die Sahara an Stämme in Marokko liefern sollte. Ob sich Europäer auf dem vom Piräus gekommenen Schiffe befanden, wird wohl niemals klar werden.

— **Amerika.** Der aus Oesterreich stammende deutsch-amerikanische Publizist Berger faßt die auf einer Reise nach Europa gewonnenen Erfahrungen in dem Volksblatt von Cincinnati zu einem Bademeerum für seine Landsleute zusammen, dem folgende Sätze entstammen: „Wenn Ihr den vollen Wert Eures Geldes erhalten und Euch einen Genuß bereiten wollt, besucht Deutschland. Laßt dem Deutschen allein Eure amerikanischen Dollars zukommen. Er ist auf dem alten Kontinent Euer einziger und aufrichtiger Freund. Alle anderen Nationen werden Euch plündern und berauben. . . . Durchreißt Deutschland! Es bietet an Sehenswürdigkeiten und Kunstschätzen ebenso viel, wenn nicht mehr als irgend ein anderes Land in Europa. . . . Kehrt als gute Amerikaner nach den Vereinigten Staaten zurück. Helft jedoch das innige Band,